

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

65. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Mai 2007, 11:20 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

in Vertretung von Hans-Jörn Arp

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Olaf Schulze (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Abkommen der Küstenländer über die Einrichtung und den Betrieb einer gemeinsamen Leitstelle ihrer Wasserschutzpolizeien (WSP-Leitstellen)</b>	<b>4</b>
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 16/1929	
<b>2. Kooperative Regionalleitstelle West</b>	<b>5</b>
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 16/1965	
<b>3. Software für Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht</b>	<b>6</b>
Umdrucke 16/1844, 16/1895, 16/1947, 16/1992 und 16/1994	
<b>4. Bericht zum Haushaltsablauf Stand: 31. Dezember 2006</b>	<b>7</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/1872	
<b>5. Zentrale IT-Beschaffung</b>	<b>9</b>
Umdrucke 16/1925, 16/1950 und 16/1985	
<b>6. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 11:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Abkommen der Küstenländer über die Einrichtung und den Betrieb einer gemeinsamen Leitstelle ihrer Wasserschutzpolizeien (WSP-Leitstellen)**

Vorlage des Innenministeriums  
Umdruck 16/1929

Zu dem Anschreiben von St Dr. Wulff erklärt der Vorsitzende, auf Wunsch von St Lorenz habe er als Finanzausschussvorsitzender mit Blick auf die Terminlage ausnahmsweise seine Zustimmung erteilt, dass der Innenminister bereits vor Befassung im Finanzausschuss das Abkommen unterzeichne, weil alle Fraktionen mit Unterrichtung 16/85 rechtzeitig über das Verwaltungsabkommen unterrichtet gewesen und mit dem Abkommen keine Mehraufwendungen für das Land verbunden seien.

Der Finanzausschuss stellt klar, dass es sich um eine Ausnahme handelt, und bekräftigt seine Forderung, grundsätzlich vor Abschluss von Vereinbarungen des Landes an länderübergreifenden Einrichtungen von der Landesregierung informiert zu werden.

Die Vorlage des Innenministeriums, Umdruck 16/1929, nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Kooperative Regionalleitstelle West**

Vorlage des Innenministeriums  
Umdruck 16/1965

Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt RL Petersen mit, der Investor habe eine Kreditzusage der Sparkasse Südholstein erhalten.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage des Innenministeriums Umdruck 16/1965 zur Kenntnis und erteilt die von der Landesregierung erbetene Einwilligung in den Abschluss des Mietvertrages.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Software für Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht**

Umdrucke 16/1844, 16/1895, 16/1947, 16/1992 und 16/1994

Der Finanzausschuss nimmt die o. a. angegebenen Umdrucke ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht zum Haushaltsablauf  
Stand: 31. Dezember 2006**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/1872

M Wiegard skizziert kurz noch einmal den Haushaltsabschluss 2006 (Umdruck 16/1872). Wenngleich sich die erfreuliche Entwicklung auf der Einnahmeseite im Jahr 2007 fortsetzen werde, dürften folgende Haushaltsrisiken des Landes nicht außer Acht gelassen werden: Der Bilanzverlust des UK S-H werde bis Ende des Jahres auf knapp 100 Millionen € steigen. Der auf Bundesebene ausgehandelte Hochschulpakt sei bisher noch nicht ausfinanziert. Die Auswirkungen weiterer steuergesetzlicher Änderungen seien noch nicht absehbar. Zur Auflösung der globalen Minderausgabe in Höhe von 350 Millionen € im Jahr 2009, in Höhe von 550 Millionen € im Jahr 2010 und in Höhe von 900 Millionen € im Jahr 2011 gebe es bisher noch keine Vorschläge.

Vor diesem Hintergrund müsse weiter konsequent das Ziel verfolgt werden, die laufenden Ausgaben niedriger zu halten als die laufenden Einnahmen und die Schuldenlast zu senken. Selbst wenn es gelänge, die für 2007 eingeplante Neuverschuldung zu halbieren, bewege man sich mit einer Schuldenaufnahme von rund 0,5 Milliarden € immer noch an der verfassungsrechtlich zulässigen Grenze. Man sei immer noch weit davon entfernt, ohne neue Schulden auszukommen. Die Schuldenlast im Lande betrage insgesamt rund 24 Milliarden € und auf Schleswig-Holstein entfalle von den Schulden der Bundesländer ein Anteil von 4,5 %, aber nur ein Anteil von 3 % des Bruttoinlandsproduktes.

Der Finanzminister warnt davor, die augenblickliche Entwicklung der Steuereinnahmen zum Anlass zu nehmen, die strukturellen Probleme des Landeshaushalts aus dem Auge zu verlieren und die in den vergangenen Jahren aufgetürmte Verschuldung nicht nachhaltig zurückzuführen.

Abg. Heinold bittet das Finanzministerium um nähere Erläuterung der Entwicklung der steuerähnlichen Wasserabgaben und um eine nachvollziehbare Darstellung der Entwicklung der Personalausgaben des Landes. - M Wiegard sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Abg. Kubicki möchte von der Landesregierung wissen, wie viele und welche Stellen im Lande weggefallen seien beziehungsweise wegfallen könnten oder würden.

M Wiegard erwidert unter Hinweis auf das Personaleinsparkonzept der Landesregierung, entscheidend sei die Reduzierung der Personalkostenbudgets.

Abg. Spoorendonk fragt nach einem Konzept zur Steigerung der Investitionsquote.

M Wiegard räumt ein, dass die Höhe der Investitionsquote unbefriedigend sei, wenngleich sie im Jahr 2007 im Vergleich zu den Vorjahren wieder ansteige. Die Ziele Haushaltskonsolidierung und Steigerung der Investitionsquote stünden in Konflikt miteinander.

VP Dopp äußert, der Landesrechnungshof unterstütze den Finanzminister in seiner Haltung, die derzeit gute konjunkturelle Entwicklung und die sprudelnden Steuerquellen für eine nachhaltige Sanierung des Landeshaushalts zu nutzen sowie zusätzliche Steuereinnahmen ausschließlich zur Schuldenreduzierung und nicht für andere Zwecke einzusetzen (Umdruck 16/1954).

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass sich die Steuereinnahmen des Jahres 2006 auf dem Niveau des Jahres 2000 bewegten und der Haushalt mit einer Nettokreditaufnahme abschließe, die die verfassungsmäßige Obergrenze immer noch um 400 Millionen € überschreite.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zum Haushaltsvollzug 2006 zur Kenntnis.



Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Zentrale IT-Beschaffung**

Umdrucke 16/1925, 16/1950 und 16/1985

AL Dr. Schliesky führt aus, mit der Einführung der zentralen IT-Beschaffung würden auch die Ziele der Rechtskonformität von Vergabeverfahren und einer möglichst hohen Transparenz verfolgt. Zentraler IT-Beschaffer sei wegen der hohen fachlichen Kompetenz Dataport. Das IT-Beschaffungs-Controlling finde in den jeweiligen Ressorts und übergeordnet im Finanzministerium statt. Das im Finanzministerium angesiedelte zentrale IT-Management sei personell nicht sehr stark besetzt, weil seinerzeit keine entsprechende Umsetzung des IT-Personals aus den Ressorts stattgefunden habe. Mit Dataport habe man für die Zukunft eine aufwandsbezogene Vergütung vereinbart. Über die Personalentwicklung der IT-Leitstellen werde man den Finanzausschuss im Juli 2007 im Zuge der Vorlage des Evaluationsberichts informieren.

Auf eine Frage von Abg. Kubicki erläutert AL Dr. Schliesky, Dataport erfülle vornehmlich die Funktion des Maklers und Einkäufers für das Land, etwa bei der Standardsoftware. Der Umfang der speziellen Fachverfahren, in denen Dataport als Lösungsanbieter fungiere, nehme angesichts der Komplexität der Verfahren stetig ab.

Der Finanzausschuss kommt überein, die Thematik Zentrale IT-Beschaffung (inklusive der Fragen zur Wirtschaftsführung von Dataport, Einsparung von Stellen in den Ressorts im Zuge der Zentralisierung der IT-Beschaffung, Beschaffung von Hardware für die Wissenschaft) in der ersten Finanzausschusssitzung nach der Sommerpause, am 30. August 2007, weiter zu beraten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/1871 - Baltic Sea International Campus

Umdruck 16/1927 - Abwicklung von Förderprogrammen durch die Investitionsbank

Umdruck 16/1948 - Bund-Länder-Vereinbarung zur Pflanzengesundheit

Umdruck 16/1949 - Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer

Umdruck 16/1951 - CO<sub>2</sub>-Einsparung in der Landesverwaltung

Umdruck 16/1964 - Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Zu Umdruck 16/1927 - Übertragung der Abwicklung von Förderprogrammen auf die Investitionsbank - bittet Abg. Heinold die Landesregierung um schriftliche Beantwortung der Frage, was das Land bisher für die **Abwicklung der arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme** gezahlt habe und welche Beträge zukünftig gezahlt würden.

Zu Umdruck 16/1949 - **Richtlinie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer** - bittet der Finanzausschuss die fachlich zuständigen Ausschüsse für Bildung und Wirtschaft um eine Stellungnahme.

Zu Umdruck 16/1951 - **CO<sub>2</sub>-Einsparung in der Landesverwaltung** - verabredet der Finanzausschuss, das Thema in seiner Sitzung am 30. August 2007 in Anwesenheit der GMSH zu erörtern.

Zu Umdruck 16/1964 - **Kredite des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** - teilt VP Dopp mit, über das Vorgehen bestehe Einvernehmen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer